



**Geschäftsführung
Ausschuss für Umwelt und Grün**

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

E-Mail: barbara.bueltge-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 22.02.2017

Niederschrift öffentlich

über die **Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün** in der Wahlperiode 2014/2020
am Donnerstag, dem 08.12.2016, 16:00 Uhr bis 18:46 Uhr,
Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Rafael Christof Struwe	SPD
Frau Katharina Welcker	CDU
Frau Susanne Bercher-Hiss	GRÜNE
Herr Wilfried Becker	SPD
Frau Polina Frebel	SPD
Herr Karl-Heinz Walter	SPD
Frau Margret Dresler-Graf	CDU
Herr Stefan Götz	CDU
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU
Herr Gerhard Brust	GRÜNE
Herr Mathias Wittmann	auf Vorschlag der Grünen
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE stellvertretend für Frau Akbayir
Herr Dr. Rolf Albach	FDP

Beratende Mitglieder

Herr Stephan Boyens	AfD
---------------------	-----

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Eugen Litvinov	stellvertretend für Herrn Bayrakçioğlu
---------------------	--

Beratende Mitglieder

Frau Katharina Reiff	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Barbara Albat	SPD
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD
Herr Matthias Pergande	FDP
Herr Helmut Jung	CDU

Herr Bezirksbürgermeister Reinhard Zöllner CDU
Herr Dr. Volker Ermert auf Vorschlag der Grünen
Herr Robert Schallehn GRÜNE
Herr Fabian Hübner auf Vorschlag der Fraktion DieLinke
Herr Stephan Wieneritsch FDP

Verwaltung

Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau Dezernat Soziales, Integration und Umwelt
Herr Dr. Joachim Bauer Amt für Landschaftspflege und Grünflächen
Frau Christina Brammen-Petry Umwelt- und Verbraucherschutzamt
Frau Doris Dieckmann Dezernat Soziales, Integration und Umwelt
Herr Florian Distelrath Umwelt- und Verbraucherschutzamt
Herr Manfred Kaune Amt für Landschaftspflege und Grünflächen
Frau Anke Ludwig Dezernat Soziales, Integration und Umwelt
Herr Konrad Peschen Umwelt- und Verbraucherschutzamt
Herr Peter Winkels V-6 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb

Schriftführerin

Frau Barbara Bültge-Oswald Umwelt- und Verbraucherschutzamt

Gäste

Herr Thomas Hegenbarth PIRATEN zu TOP 2.4
Herr Dr.Hanno Limburg Lyondell-Basell Polyolefine GmbH zu TOP C
Herr Raimund Hamacher Lyondell-Basell Polyolefine GmbH zu TOP C
Frau Henrike Elschen Amt für Stadtentwicklung und Statistik zu TOP 4.4
Herr Henning Werker Stadtentwässerungsbetriebe zu TOP 4.6

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Hamide Akbayir DIE LINKE

Beratende Mitglieder

Herr Nebil Bayrakçioğlu GK
Frau Barbara Röttger- Schulz auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Maria Blank Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Sönke Geske SPD
Herr Johannes Zischler auf Vorschlag der CDU
Frau Jennifer Mense GRÜNE

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Struwe begrüßt alle Anwesenden aus Politik und Verwaltung sowie alle Gäste zur Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün / Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln.

Er macht auf die Zusetzungen und Absetzungen der Tagesordnungen sowie auf die anwesenden Gäste in beiden Ausschüssen¹ aufmerksam.

Die Vorschläge finden allgemeine Zustimmung. Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht.

Der Ausschussvorsitzende stellt beide so geänderten Tagesordnungen zur Abstimmung.

Diese werden einstimmig angenommen, so dass sich im Ausschuss Umwelt und Grün folgende Tagesordnung ergibt:²

¹ s. Anwesenheitsliste S. 2 der jeweiligen Niederschrift

² Tagesordnung Betriebsausschuss siehe Niederschrift Betriebsausschuss

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A **Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln**

B **Gleichstellungsrelevante Themen**

C **Vortrag von Herrn Dr. Limburg und Herrn Hamacher von der Lyondell-Basell zum Naphtha-Schaden**

Zu C **Rohrleitungsschaden Naphtha
hier: Sachstandsbericht zum 15.11.2016
3731/2016**

1 **Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**

1.1 Schadstoffemissionen und Kosten durch die Braunkohlegranulat-Wirbelschichtfeuerung des Heizkraftwerkes der Rheinenergie in Köln-Merkenich
Anfrage der Fraktion Die Linke vom 25.11.2016
AN/1984/2016

2 **Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**

2.1 Würdevoller Umgang mit der Asche Verstorbener nach einer Kremierung
Gemeinsamer Antrag von SPD-Fraktion und Fraktion Die Linke vom
18.04.2016
AN/0751/2016

2.1.1 Würdevoller Umgang mit der Asche Verstorbener nach einer Kremierung
Gemeinsamer Änderungsantrag von SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion
Die Linke und FDP-Fraktion
AN/2089/2016

2.2 Förderaufruf "Kommunaler Klimaschutz.NRW"
Antrag der SPD-Fraktion vom 24.11.2016
AN/1980/2016

2.3 Beitritt zum Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt e.V.“
Antrag der Fraktion Die Linke vom 25.11.2016
AN/1982/2016

2.4 Prüfantrag: Weniger „Coffee to go“-Müll durch Mehrwegbecher?
AN/1999/2016

- 2.4.1 Antrag der Gruppe Piraten
Prüfauftrag: „Weniger Coffee to go“-Müll durch Mehrwegbecher?
AN/2076/2016

3 Kommunaler Klimaschutz

- 3.1 Sachstandsmitteilung Klimaschutz
3950/2016

4 Allgemeine Beschlussvorlagen

- 4.1 Pflege- und Entwicklungsplan Naturschutzgebiet "Langeler Auwald, rrh." und angrenzende Flächen
2. Durchgang
0591/2016

- 4.2 Forsteinrichtungswerk für den Waldbesitz der Stadt Köln
3339/2016

- 4.2.1 Forsteinrichtungswerk für den Waldbesitz der Stadt Köln
Gemeinsamer Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 08.12.2016
AN/2091/2016

- 4.3 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben - Abwassergebührensatzung
3418/2016

- 4.4 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" als Leitkonzept in der neuen EFRE/ESF Förderphase 2014 - 2020 und zur Umsetzung der darin enthaltenen Maßnahmen
2899/2016

- 4.5 Beschaffungen KFZ für das Straßenbegleitgrün
hier: Bedarfsfeststellung und Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen
3562/2016

- 4.6 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB) Abwasserbeseitigungskonzept 2017
3542/2016

5 Mitberatung von Planungsvorlagen

6 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

7 Mitteilungen

7.1 Statusbericht Rheinboulevard

7.2 Statusbericht Schaugewächshaus

7.2.1 Sachstandsbericht zum Neubau des Schaugewächshauses und der Orange-
rie im Botanischen Garten
3661/2016

7.3 Fortschreibung des Landschaftsplans der Stadt Köln
hier: Anpassung Landschaftsplan - Bauleitplanung, Stand 2016
3660/2016

7.4 Ganzheitliches Kölner Umweltbildungskonzept (UBK)
4003/2016

8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

8.1 "Mehr artenreiche Wiesen für Köln"
Beantwortung der mündlichen Anfragen von Herrn Hübner
3832/2016

8.2 Wasserschaden in Gut Leidenhausen
Beantwortung der Anfrage von Herrn Schallehn
2681/2016

9 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

11 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

12 Allgemeine Beschlussvorlagen

12.1 Potentialanalyse und Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zum Krematorium der
Stadt Köln: Gutachten - Ergebnisse
2727/2016

12.1.1 Zukunft des Kölner Krematoriums
Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/2087/2016

- 13 Vergaben**
- 14 Mitberatung von Planungsvorlagen**
- 15 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**
- 16 Mitteilungen**
- 17 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 18 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln

Hierzu liegt nichts vor.

B Gleichstellungsrelevante Themen

Hierzu liegt nichts vor.

C Vortrag von Herrn Dr. Limburg und Herrn Hamacher von der Lyondell-Basell zum Naphtha-Schaden

Zu C Rohrleitungsschaden Naphtha hier: Sachstandsbericht zum 15.11.2016 3731/2016

Herr Dr. Limburg informiert in einem PowerPoint-Vortrag über den aktuellen Sachstand der Untersuchungs- und Sanierungsmaßnahmen zum Naphtha-Schaden.³

Zunächst macht er auf die Sanierungsmaßnahmen des letzten Jahres aufmerksam, gibt einen Überblick über das Messstellennetz in Godorf mit Stand Oktober 2016 (Folien 2 und 3) und veranschaulicht mit einigen Fotos die Probenahmen.

Anschließend geht er auf die Schadstoffausbreitung mit Stand Januar und März 2016 sowie Mai 2016 und Oktober 2016 ein (Folie 5 und 6).

Herr Dr. Limburg nennt als Auslöser für die Raumluftuntersuchungen eine Geruchsbeschwerde und informiert darüber, dass durch die anschließenden Sofortmaßnahmen ein Schutz des betroffenen Gebäudes erreicht werden konnte (Folie 7, 8 und 9).

Im weiteren Verlauf seines Vortrags vermittelt er eine eingehende Übersicht über die bisherigen Sanierungsmaßnahmen, z. B. Absaugstellen für die Bodenluftabsaugung (Folie 10, 11 und 12) und betont, dass bisher 131 m³ von Naphta-Komponenten über diese Sanierungsmaßnahme herausgeholt worden seien. Dies stelle die bisher erfolgreichste Sanierungsmethode dar und geplant sei, sie noch weiter auszubauen.

Die zweiteffektivste Methode seien die Naphtha-Phasenpumpen, die dann eingesetzt werden, sobald sich freies Naphta auf dem Grundwasserträger zeige (Folie 14).

Herr Dr. Limburg erläutert die Funktionsweise und den Einsatz von Sanierungsbrunnen (Folie 15) und verdeutlicht dies anhand von Fotos (Folie 16 und 17).

Als letzte Methode nennt Herr Dr. Limburg die Förderung und Reinigung des Grundwassers (Folie 18) und erklärt auch diese Methode, die insbesondere eine Lenkung des Grundwasserstroms aus Godorf heraus zum Ziel habe.

Anschließend veranschaulicht er anhand von Diagrammen (Folie 19 und 20) den Sanierungserfolg sowie den aktuellen Stand und erwarteten Verlauf der Naphta-Rückgewinnung. Er hebt hervor, dass gerade in den letzten Monaten gute Fortschritte erzielt worden seien.

³ Die Folien des Vortrags werden dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Bis Juli / August sei man noch nicht so gut mit Bodenluftabsaugkapazitäten ausgestattet gewesen und die Phase sei aufgrund des relativ hohen Rheinwasserstandes nicht frei zugänglich gewesen.

Herr Dr. Limburg macht anhand der Balken des Diagramms deutlich, dass man aufgrund der stabilen Wetterlage, dem fallenden Rheinpegel und dem damit fallenden Grundwasserpegel allein im Oktober 2016 gut 30 m³ aus der reinen Phase abschöpfen konnte. Bisher habe man etwa gut die Hälfte des geschätzten Schadens zurückgewinnen können und hoffe, so effektiv weitermachen zu können.

Man beabsichtige, im weiteren Verlauf der Naphta-Rückgewinnung die Unterstützung von natürlichen Schadstoff-Abbau-Prozessen durch Mikroorganismen im Boden zu nutzen und sei dabei, mit den Gutachtern entsprechende Konzepte zur weiteren Bodensanierung zu entwickeln und hoffe, diese Mitte 2017 dem Ausschuss vorstellen zu können.

Am Ende seiner Präsentation unterstreicht Herr Dr. Limburg, dass es LyondellBasell wichtig sei, alle Beteiligten über den Fortgang der Sanierungsmaßnahmen zu informieren.

Anschließend beantwortet er die Fragen der Ausschussmitglieder:

Nach wie vor sei eine Gefährdung des Rhein- und Trinkwassers auszuschließen, da in diesem Bereich keine Trinkwassergewinnung stattfindet und durch den Brunnenbetrieb die Fließrichtung des Grundwassers nicht in Richtung Rhein erfolge.

Frau Brammen-Petry ergänzt, dass - wie bereits von Herrn Dr. Limburg ausgeführt - beabsichtigt sei, im Sommer 2017 einen Sanierungsplan vorzulegen, der die Sanierung des Bodens beschreibe und darstelle, auf welche Art und Weise der Schaden zukünftig behandelt werde.

Die zuständige Behörde sei die Untere Bodenschutzbehörde im Umweltamt der Stadt Köln und wenn gewünscht, könne man das Thema gerne im Ausschuss vorstellen.

Der Ausschussvorsitzende dankt Herrn Dr. Limburg für den anschaulichen Vortrag und stimmt einer weiteren Vorstellung der Sanierungsmaßnahmen im Ausschuss zu.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen von Herrn Dr. Limburg und Frau Brammen-Petry und die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

1.1 Schadstoffemissionen und Kosten durch die Braunkohlegranulat-Wirbelschichtfeuerung des Heizkraftwerkes der Rheinenergie in Köln-Merkenich

Anfrage der Fraktion Die Linke vom 25.11.2016

AN/1984/2016

Die schriftliche Beantwortung erfolgt in der nächsten Sitzung.

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

2.1 Würdevoller Umgang mit der Asche Verstorbener nach einer Kremierung Gemeinsamer Antrag von SPD-Fraktion und Fraktion Die Linke vom 18.04.2016 AN/0751/2016

2.1.1 Würdevoller Umgang mit der Asche Verstorbener nach einer Kremierung Gemeinsamer Änderungsantrag von SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Frak- tion Die Linke und FDP-Fraktion vom 08.12.2016 AN/2089/2016

SB Herr Becker macht auf die Kernpunkte des gemeinsamen Änderungsantrags, dem Wunsch nach Transparenz und dem Anliegen der Hinterbliebenen aufmerksam.

RM Frau Welcker begrüßt den gemeinsamen Änderungsantrag, dessen Umsetzung zu einem würdevollen Abschied beitrage.

RM Herr Detjen nennt die Entscheidung mehr als überfällig. Er bedauert, dass die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen sich nicht dem Antrag angeschlossen habe. Er verstehe die Formulierung „Beim zukünftigen Betrieb“ so, dass dieser Beschluss ab morgen umgesetzt werde.

RM Herr Brust wendet ein, im Antrag stehe, dass man mit dem neuen Konzessionär die Vereinbarung treffen wolle. Wenn der Beschluss am nächsten Tag umgesetzt werden solle, müsse zuerst die Satzung geändert werden.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen habe den Antrag nicht mitgetragen, da man darum gebeten hatte, den letzten Satz zu streichen. Die Würde des bestatteten Menschen habe nichts damit zu tun, wozu der Erlös aus dem Verkauf von Zahngold verwendet werde. Wenn dieser Antrag beschlossen werde, werden die Gebühren für das Krematorium steigen müssen, was dem Ziel der Stadt, möglichst viele Menschen in Köln zu kremieren, entgegenstehe.

Herr Kaune stimmt Herrn Brust zu und erläutert, dass 2013 eine neue Satzung mit dem jetzigen Verfahren ausdrücklich beschlossen worden sei. Beim Beschluss dieses Antrags würde die Verwaltung dem Ausschuss eine Änderung der Satzung vorlegen. Er habe unter der Formulierung „Beim zukünftigen Betrieb des Krematoriums“ ab dem Neustart des Krematoriums verstanden.

Ausschussvorsitzender RM Herr Struwe bemerkt, man könne die Formulierung „zukünftig“ unterschiedlich auslegen. Er habe sie so verstanden, dass damit ab der Entscheidung über den zukünftigen Betrieb des Krematoriums gemeint sei, unabhängig davon, wie die Entscheidung aussehe.

RM Herr Detjen bittet die Verwaltung, möglichst zügig den neuen Satzungsentwurf vorzulegen.

SB Herr Becker entgegnet, dass der Verwaltung die Chance gegeben werden müsse, das weitere Verfahren hinsichtlich der Umsetzung z. B. des 2. Punktes abzustimmen.

RM Frau Welcker bittet, den Beschluss in direktem Zusammenhang mit TOP 12.1 zu sehen.

Nach einer intensiven Diskussion über das weitere Verfahren stellt Ausschussvorsitzender RM Herr Struwe den **gemeinsamen Änderungsantrag von SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion Die Linke und FDP-Fraktion vom 08.12.2016** zur Abstimmung:

Beschluss:

Beim zukünftigen Betrieb des Krematoriums ist auf den würdevollen Umgang mit der Asche der Verstorbenen besonderes Augenmerk zu richten.

Insbesondere soll auf Wunsch der Verstorbenen oder der Hinterbliebenen der Verbleib von Edelmetallen bei der Asche gewährleistet werden.

Die Erlöse der aus der Asche aussortierten größeren und kleineren Metallrückstände sollen künftig einem noch zu bestimmendem sozialen oder karitativen Zweck zu Gute kommen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen von SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion Die Linke und FDP-Fraktion **gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen.**

**2.2 Förderaufruf "Kommunaler Klimaschutz.NRW"
Antrag der SPD-Fraktion vom 24.11.2016
AN/1980/2016**

Beschluss:

Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung darzustellen, welche Projekte und Maßnahmen

- des Integrierten Klimaschutzkonzepts,
- der Initiative SmartCity Cologne
- zur Anpassung an den Klimawandel und
- bestehender Verkehrskonzepte zur Senkung der Verkehrsemissionen

für eine Bewerbung um Fördermittel aus dem Landesprogramm „Kommunaler Klimaschutz.NRW“ geeignet sind.

Eine entsprechende Vorschlagsliste soll dem Ausschuss zu seiner nächsten Sitzung am 02.02.2017, **nach Vorberatung durch den Verkehrsausschuss**, vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**2.3 Beitritt zum Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt e.V.“
Antrag der Fraktion Die Linke vom 25.11.2016
AN/1982/2016**

SE Herr Hübner begründet den Antrag. Die Stadt Köln habe bereits 2010 die Deklaration für biologische Vielfalt in Kommunen unterschrieben. Daher sei es, um die Handlungszusagen zu verdeutlichen, angebracht, dem Bündnis beizutreten. Auch die Höhe der jährlichen Mitgliedsbeiträge von lediglich 5.000 € sei kein Ablehnungsgrund.

SB Herr Becker lehnt namens der SPD-Fraktion den Antrag ab. Bei der Stadt gebe es den Grundsatz, nicht in noch mehr Vereine einzutreten. Auch sei keine einzige Großstadt Bündnismitglied. Man sei der Meinung, dass die Verwaltung das Potential und die Kapazität besitze, ihre Ziele hinsichtlich biologischer Vielfalt selbst zu erreichen.

RM Frau Welcker kündigt die Zustimmung der CDU-Fraktion an. Die biologische Vielfalt müsse mehr unterstützt und hervorgehoben werden.

SB Herr Dr. Albach werde den Antrag ablehnen. Er finde es besser, die 5.000 € Finkens Garten oder einer Biologischen Station zu geben, um die biologische Vielfalt mit praktischem Tun zu unterstützen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen, dem Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt e.V.“ im Jahr 2017 beizutreten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen von CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und Fraktion Die Linke **gegen die Stimmen von SPD-Fraktion und FDP-Fraktion.**

**2.4 Prüfantrag: Weniger „Coffee to go“-Müll durch Mehrwegbecher?
Antrag der Gruppe Piraten vom 28.11.2016
AN/1999/2016**

**2.4.1 Prüfauftrag: „Weniger Coffee to go“-Müll durch Mehrwegbecher?
Gemeinsamer Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und der Gruppe Piraten vom 08.12.2016
AN/2076/2016**

RM Herr Hegenbarth begründet den gemeinsamen Änderungsantrag. Er betont, dass 100.000 dieser Einwegpappbecher einfach zu viel seien.

Inzwischen habe eine Entwicklung stattgefunden, die immer mehr um sich greife. Es komme zu dieser massiven Ausweitung der Einwegpappbecher, da auch in kleineren Unternehmen immer mehr dieser Becher angeboten werden.

Daher sei an der Stelle Initiative gefragt und Herr Hegenbarth führt als positive Beispiele Hamburg und Freiburg an, wo Ordnungsamt, die städtischen Abfallunternehmen und auch private Unternehmen zusammenarbeiteten. Der Flyer der AWB sei eine gute Initiative, die man noch erweitern könnte, indem so ein Initiativbündnis wie in Freiburg gegründet werde.

SB Herr Becker bewertet für die SPD-Fraktion den gemeinsamen Änderungsantrag positiv und kündigt Zustimmung an. Die Verwaltung könne aktiv werden.

SB Herr Dr. Albach entgegnet, so eine Aktion sei nicht Aufgabe einer Stadt, sondern gehöre eher zum Privatengagement einer IG Innenstadt oder Frankfurter Straße, um die Sauberkeit in den Straßen zu erhöhen.

Er betrachte vielmehr mit Sorge die Parks, da das Flaschenpfand offenbar nicht ausreiche, um dafür zu sorgen, dass es zu einer verbesserten Sauberkeit in Köln komme. Daher glaube er auch nicht, dass das Pfandsystem der richtige Weg sei, um die Menschen dazu zu bringen, ihre Becher wieder zurückzugeben. Er werde sich deshalb der Stimme enthalten.

RM Frau Welcker begrüßt die Initiative, die von der Stadt ausgehen könne. Es gehe aber auch darum, diejenigen, die die Becher anbieten, für die Konsequenzen ihres Handelns zu sensibilisieren. Die CDU-Fraktion denke, dass diese Initiative von den Händlern viel effizienter umgesetzt werden könne, als wenn Ordnungsamt oder AWB versuchten, jeden einzelnen davon zu überzeugen.

RM Herr Brust bemerkt, dass es letztendlich an den AWB hängenbleibe, den herumliegenden Abfall, konkret die Becher, zu beseitigen. Daher müsse die Stadt eingreifen, um der Vermüllung entgegen zu wirken. Er finde den Flyer der AWB sinnvoll, dass jeder seinen Mehrwegbecher mitbringe, damit der Müll erst gar nicht anfalle. Besser, als den Müll wegzuwerfen, sei immer noch ein Pfandsystem. Auch werde durch diese Initiative die Diskussion in die Öffentlichkeit getragen.

SE Herr Pergande regt ökologisch abbaubare Becher an.

Beschluss

Die Abfallwirtschaftsbetriebe/die Verwaltung werden/wird gebeten eine Initiative zu initiieren, um die Möglichkeiten zur Einführung eines Pfandsystems für „Coffee to go“ Mehrwegbecher in Köln auszuloten bzw. zu prüfen.

Wir bitten um die Vorlage eines Sachstandberichtes bis zum Beginn des 2. Halbjahres 2017.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt mit den Stimmen von SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und Fraktion Die Linke **bei Enthaltung der FDP-Fraktion.**

3 Kommunaler Klimaschutz

3.1 Sachstandsmitteilung Klimaschutz 3950/2016

SE Herr Donath bittet um Mitteilung über den tatsächlichen Sachstand zu den Evaluierungstreffen. Er wünscht sich in den Sachstandsmitteilungen zu den umgesetzten Projekten, auch hinsichtlich Celsius und Grow Smarter, mehr Kennziffern und Quervergleiche, damit man erkennen könne, wodurch sich die verschiedenen Projekte kennzeichneten.

SE Herr Dr. Ermert stimmt seinem Vorredner zu. Er bittet, die Liste zu den einzelnen Maßnahmen zu aktualisieren und elektronisch (z. B. als Datei) vorzulegen und Änderungen rot zu markieren, um so eine bessere Übersicht über Fortschritte zu erhalten. Außerdem fragt er nach dem aktuellen Sachstand zur Förderung der Lastenräder.

SB Herr Becker regt hinsichtlich des Zentrums für Energieeffizienz (ZEFF) an, konkrete Punkte und die Kosten zu benennen.

Herr Peschen antwortet, dass die RheinEnergie angeboten habe, zu Celsius Auskunft zu erteilen. Er biete an, Herrn Tillmann in den Ausschuss einzuladen und ihn zu bitten, das Projekt etwas dezidierter und nachvollziehbarer vorzustellen. Die von Herrn Ermert angesprochene Liste könne man angleichen. Hinsichtlich des Lastenradprojektes Kasimir habe die Verwaltung Gespräche geführt und sei dabei, Lösungen zu suchen, wie man den Initiatoren helfen könne.

Frau Dr. Möhlendick nimmt zu Grow Smarter Stellung. Man sei, sowohl in Köln, als auch in Barcelona und Stockholm, noch nicht in der Evaluierungsphase, sondern implementiere derzeit. Die Sanierung werde vorgenommen, die Ladeinfrastruktur, das Siedlungsmanagement werde jetzt implementiert. In 2018 / 2019 werde evaluiert, so dass dann Zahlen vorgelegt werden können. Die EU habe die Implementierung begutachtet. Dabei habe Köln gut abgeschnitten, weil Barcelona und Stockholm aufgrund nationaler Gesetzgebung Car Sharing nicht implementieren konnten.

Hinsichtlich Smart City habe man ein Monitoringsystem im Lenkungsausschuss der Oberbürgermeisterin und den Vorständen von RheinEnergie und Stadt vorgestellt und die Abfrage begonnen. Die ersten Ergebnisse liegen vor und sie werde darüber in der nächsten Sitzung am 02.02.2017 berichten. Das Konzept zum ZEFF werde ebenfalls im nächsten Ausschuss vorgelegt.

RM Herr Brust wendet hinsichtlich der Einladung der RheinEnergie zum Projekt Celsius ein, dass noch keine konkreten Daten über Ergebnisse vorliegen. Solange diese nicht vorliegen, habe es keinen Sinn, jemanden in den Ausschuss einzuladen. Er kritisiert die Berichterstattung im Ausschuss über vermeintliche Erfolge, wenn Projekte lediglich gestartet worden seien. Wichtig für ihn sei die CO₂-Einsparung, die man sich aus Projekten erhoffe.

Die vorgelegte Kurzbeschreibung zu ZEFF entspreche nicht dem, was ursprünglich mal im Gertec-Gutachten gemeint war. Dies sei wesentlich umfangreicher gewesen, so dass jetzt weniger CO₂ eingespart werden könne. Herr Brust regt an, die Vorschläge von Gertec umzusetzen, um die angestrebten CO₂-Einsparungen zu erreichen und bittet um die Darstellung der Kosten.

Der Ausschussvorsitzende fasst zusammen, dass die Verwaltung die Berichte in der nächsten Sitzung ergänzen werde. Zunächst werde niemand von der RheinEnergie eingeladen. Hinsichtlich ZEFF werde der Ausschuss in absehbarer Zeit eine Beschlussvorlage erhalten.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung und die mündlichen Ausführungen von Frau Dr. Möhlendick und Herrn Peschen zur Kenntnis.

4 Allgemeine Beschlussvorlagen

4.1 Pflege- und Entwicklungsplan Naturschutzgebiet "Langeler Auwald, rrh." und angrenzende Flächen 2. Durchgang 0591/2016

Der Ausschussvorsitzende weist auf die Niederschrift der Bürgerinfoveranstaltung hin, die als Tischvorlage umgedruckt vorliege. Da die BV Porz die Vorlage noch nicht beschlossen habe, schlägt er vor, sie zurückzustellen.

SB Herr Dr. Albach beantragt die Mitberatung der Vorlage im Verkehrsausschuss. Außerdem hätte er gerne eine Stellungnahme der Verwaltung zu der Begutachtung durch den BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland).

Die Verwaltung sagt dies zu.

Der Ausschussvorsitzende stellt Einvernehmen über den von SB Herrn Dr. Albach mündlich beantragten Verweis der Beschlussvorlage in den Verkehrsausschuss fest und lässt darüber zusammen mit der Zurückstellung der Vorlage abstimmen:

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün verweist die Beschlussvorlage der Verwaltung zur Beratung in den Verkehrsausschuss und stellt sie zurück, bis Voten aus der Bezirksvertretung Porz und aus dem Sportausschuss vorliegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.2 Forsteinrichtungswerk für den Waldbesitz der Stadt Köln 3339/2016

4.2.1 Forsteinrichtungswerk für den Waldbesitz der Stadt Köln Gemeinsamer Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 08.12.2016 AN/2091/2016

RM Frau Bercher-Hiss begründet den gemeinsamen Änderungsantrag. Hintergrund sei, dass die Stadt Köln 2010 die Deklaration für biologische Vielfalt in Kommunen unterschrieben habe.

Ein Gebiet, auf dem sehr einfach Biodiversität umgesetzt werden könne, sei der Wald, wenn er nicht bewirtschaftet werde. Ein weiterer Vorteil sei, dass für die Bewirtschaftung der Flächen keine Kosten anfielen.

Zudem gebe es Kennzahlen der EU und der Bundesregierung, die eine Erhöhung von Wildnisgebieten auf 10 % aller öffentlichen Waldflächen forderten.

Der Änderungsantrag sei als Prüfauftrag an die Verwaltung zu verstehen.

SB Herr Dr. Albach kündigt seine Zustimmung zum Änderungsantrag an.

SB Herr Becker bemerkt, die SPD-Fraktion habe Bedenken, dass bei Beschluss von Punkt 3 bis 5 des Änderungsantrags die Folgen nicht absehbar seien. Er schlägt vor, die Beschlussvorlage und den Änderungsantrag in die nächste Sitzung zurückzustellen.

SE Herr Hübner erklärt für die Fraktion Die Linke, dass man den Prüfauftrag begrüße. Allerdings seien 10 Jahre doch etwas kurzfristig, weil sich für den Wald eher längere Zeiträume anböten.

Nach einer umfänglichen Diskussion über das weitere Verfahren erläutert Herr Dr. Bauer, dass die Verwaltung ihre FSC-Verpflichtung erfüllt habe. Dennoch habe man auch darüber diskutiert, weitere Referenzflächen auszuweisen. Es gebe Restriktionen, die man aufzeigen und zu den einzelnen Punkten des Änderungsantrags Stellung nehmen werde.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag auf Vertagung wegen Beratungsbedarf zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün stellt die **Beschlussvorlage zusammen mit dem Änderungsantrag** zurück in seine nächste Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt mit den Stimmen von SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und Fraktion Die Linke bei **Enthaltung der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und FDP-Fraktion**.

4.3 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB) Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben - Abwassergebührensatzung 3418/2016

RM Frau Frebel bemerkt, dass der Verwaltungsrat der StEB die Senkung der Gebühren bereits beschlossen habe. Sie kündigt die Zustimmung der SPD-Fraktion an und betont, dass man sich freuen würde, wenn auch der Ausschuss Umwelt und Grün sich dem Beschluss anschließen werde.

RM Herr Brust bittet, die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen, da die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen noch Gespräche mit der StEB führen werde.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Verweisung der Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün verweist die Beschlussvorlage **ohne Votum in die nachfolgenden Gremien**.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen von SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und Fraktion Die Linke **gegen die Stimmen der FDP-Fraktion**.

4.4 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" als Leitkonzept in der neuen EFRE/ESF Förderphase 2014 - 2020 und zur Umsetzung der darin enthaltenen Maßnahmen 2899/2016

Nach kurzer Diskussion stellte der Ausschussvorsitzende die Verweisung der Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün verweist die Beschlussvorlage **ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.5 Beschaffungen KFZ für das Straßenbegleitgrün hier: Bedarfsfeststellung und Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen 3562/2016

RM Herr Walter möchte wissen, welchen Antrieb die zu beschaffenden Fahrzeuge haben.

RM Frau Bercher-Hiss stellt einen mündlichen Zusatzantrag, der da lautet:

Bei der Ausschreibung und Beschaffung sind die ökologischen Kriterien zu berücksichtigen und die emissionsärmsten Geräte zu beschaffen.

Sie weist zusätzlich darauf hin, dass bei den AWB die Laubblasgeräte schon elektrisch betrieben seien. Laut Vorlage handle es sich lediglich um motorbetriebene Geräte.

Herr Kaune nimmt zu den angesprochenen Punkten Stellung und informiert darüber, dass die motorbetriebenen Laubblasgeräte mit Elektromotoren ausgestattet seien.

Bei den Nutzfahrzeugen sei immer noch der Dieselmotor auf dem Markt, da es häufig keine Alternativen gebe. Ab 75 PS gebe es die Euro 6-Norm, die auch bei der vorliegenden Beschaffung gewährleistet sei.

Die Positionen 9, 10, 11 und 13 (Hochheckenschere, Handblasgerät und Kettensäge) seien elektrobetrieben.

Alte Geräte, die aussortiert werden, würden durch elektrobetriebene ersetzt.

In dem Zusammenhang weist Herr Kaune auf das Fahrzeug- und Maschinenkonzept hin, an dem gearbeitet werde und das auch im Ausschuss Umwelt und Grün bereits eingefordert worden sei. Man hoffe, dies im 1. Quartal 2017 fertig zu stellen und dem Ausschuss zum Beschluss vorzulegen.

Auf Nachfrage von Herrn Walter bestätigt Herr Kaune, dass es noch keine elektrobetriebenen Nutzfahrzeuge bei der Grünverwaltung der Stadt Köln gebe.

- Zunächst stellt der Ausschussvorsitzende die von RM Frau Bercher-Hiss mündlich beantragte Erweiterung des Beschlusstextes zur Abstimmung:

Beschluss:

Bei der Ausschreibung und Beschaffung sind die ökologischen Kriterien zu berücksichtigen und die emissionsärmsten Geräte zu beschaffen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- Abschließend lässt er über den **so geänderten Beschlusstext** abstimmen:

Geänderter Beschluss:

1. Der Ausschuss für Umwelt und Grün stellt den Bedarf für die geplanten Beschaffungsmaßnahmen fest und stimmt der Einleitung des Vergabeverfahrens **mit der Maßgabe zu, bei der Ausschreibung und Beschaffung die ökologischen Kriterien zu berücksichtigen und die emissionsärmsten Geräte zu beschaffen.**

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung gem. § 82 GO NW die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von insgesamt 580.000 € im Teilfinanzplan 1301 / Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Zeile 9 / Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, Fst. 0000-1301-0-0001 / Beschaffungen beweglichen Anlagevermögens (33.000 €) und Fst. 6700-1301-0-0100 / Beschaffungen KFZ (547.000 €), Hpl. 2016/2017, Hj. 2016.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.6 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB) Abwasserbeseitigungskonzept 2017
3542/2016**

RM Frau Welcker beantragt, diese Beschlussvorlage in die nächste Sitzung zurückzustellen, da sie als Tischvorlage umgedruckt vorliege.

RM Frau Frebel bemerkt, dass der Verwaltungsrat der StEB die Vorlage bereits beschlossen habe.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Zurückstellung der Vorlage in die nächste Sitzung zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün stellt die Beschlussvorlage zurück in seine nächste Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Mitberatung von Planungsvorlagen

Hierzu liegt nichts vor.

6 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

Hierzu liegt nichts vor.

7 Mitteilungen

7.1 Statusbericht Rheinboulevard

SE Herr Jung bemerkt, der Presse sei zu entnehmen gewesen, dass die Reinigungskosten des Rheinboulevards erheblich steigen sollen. Er bittet um Aufklärung hierüber.

RM Herr Brust betont, dass nicht die Investitionskosten des Rheinboulevards steigen. Die in der Presse aufgeführten Kosten von 850.000 Euro seien falsch. Der Rat habe seines Wissens 600.000 Euro beschlossen.

Herr Winkels stellt klar, dass die Reinigungskosten nicht steigen. Man wolle lediglich einen Teil der Kosten über die Gebühren finanzieren, was bisher nicht der Fall gewesen sei.

7.2 Statusbericht Schaugewächshaus

7.2.1 Sachstandsbericht zum Neubau des Schaugewächshauses und der Orangerie im Botanischen Garten 3661/2016

SB Herr Becker dankt für die Mitteilung, die bereits zur letzten Sitzung vorgetragen worden sei. Allerdings halte er das Organigramm für oberflächlich und bittet um klare Aussagen hinsichtlich Zuständigkeiten und Aufgaben in einer der nächsten Sitzungen.

Herr Kaune bemerkt, dass Frau Rinnenburger von der städtischen Gebäudewirtschaft in der letzten Sitzung ausführlich, auch zu diesem Schema, den Zuständigkeiten und Aufgaben vorgetragen habe. Ansonsten gebe er die Bitte gerne an Frau Rinnenburger weiter.

Ausschussvorsitzender RM Herr Struwe bittet die Verwaltung, die von Frau Rinnenburger mündlich angesprochenen Inhalte noch einmal zu einer der nächsten Sitzungen schriftlich zu präzisieren.

7.3 Fortschreibung des Landschaftsplans der Stadt Köln hier: Anpassung Landschaftsplan - Bauleitplanung, Stand 2016 3660/2016

RM Herr Brust bittet, die Mitteilung auch dem Stadtentwicklungsausschuss und den betroffenen BVen zur Kenntnis zu geben.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

7.4 Ganzheitliches Kölner Umweltbildungskonzept (UBK) 4003/2016

SB Herr Becker gibt seiner Freude über die Mitteilung Ausdruck und dankt der Verwaltung für dieses „Weihnachtsgeschenk“.

Der Ausschuss Umwelt und Grün bittet, die als Tischvorlage umgedruckte Mitteilung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

8.1 "Mehr artenreiche Wiesen für Köln" Beantwortung der mündlichen Anfragen von Herrn Hübner 3832/2016

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

8.2 Wasserschaden in Gut Leidenhausen Beantwortung der Anfrage von Herrn Schallehn 2681/2016

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

9 Mündliche Anfragen

9.1 Anfrage von Frau Bercher-Hiss Sachstand Baumkataster

RM Frau Bercher-Hiss fragt nach dem Sachstand des Baumkatasters, das seit längerer Zeit gefordert sei.

Herr Dr. Bauer antwortet, dass das Thema Baumkataster schon einmal vom Rechnungsprüfungsamt geprüft worden sei. Der Prüfbericht lag dem Ausschuss Umwelt und Grün in einer früheren Sitzung vor.

Die Verwaltung sei bestrebt, in Kürze die Beschaffung einer IT-Anwendung zur Erstellung eines Baumkatasters auszuschreiben. Man müsse noch einige Dinge verwaltungsintern klären und hoffe, es Mitte nächsten Jahres implementieren zu können.

Nichtsdestotrotz habe die Verwaltung seit vielen Jahren ein Baumkataster und verfüge über die Daten. Es handle sich jedoch um eine selbst entwickelte Anwendung, die nicht fortschreibbar sei.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündliche Beantwortung von Herrn Dr. Bauer zur Kenntnis.

9.2 Anfrage von Frau Bercher-Hiss Ausgleichsflächenkataster

RM Frau Bercher-Hiss fragt hinsichtlich eines Katasters für Flächenausgleich, wie die Flächen, insbesondere auch vor den Hintergrund der Umnutzung von Flächen für die Wohnbebauung, derzeit verwaltet werden. Sie möchte wissen, ob eine Übersicht über die Flächen zur Verfügung gestellt werden könne, ob das Kataster öffentlich einsehbar sei und wenn nicht, was getan werden müsse, um es öffentlich einsehbar zu gestalten.

Herr Dr. Bauer antwortet, dass seit Ende der 90er Jahre ein umfangreiches Ausgleichskataster geführt werde. Man arbeite, was die Daten betreffe, sehr eng mit dem Umweltamt zusammen und könne gerne die Daten nach verschiedenen Kriterien, wie z. B. Flächengröße und Anteil der Biotopflächen u. ä., auswerten. Es sei noch nicht öffentlich, was auch ein EDV-Problem sei. Ziel sei aber, es öffentlich einsehbar zu gestalten.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündliche Beantwortung von Herrn Dr. Bauer zur Kenntnis.

9.3 Anfrage von Herrn Walter Vorstellung des Naturparks Rheinland durch dessen Geschäftsführer

RM Herr Walter bittet, den Geschäftsführer des Naturparks Rheinland zu einer der nächsten Sitzungen einzuladen, um seinen Verband, der hervorragende Arbeit leiste, vorzustellen.

Die Verwaltung sagt dies zu.

9.4 Anfrage von Herrn Schallehn Erdkröten am Kalscheurer Weiher

SE Herr Schallehn erinnert nochmal an die Beantwortung seiner Anfrage zu den Erdkröten am Kalscheurer Weiher.

Herr Distelrath kündigt für die nächste Sitzung eine Beantwortung der Anfrage an. Es müssen noch ein paar Dinge mit den beteiligten Ämtern abgestimmt werden. Man werde nur eine Variante realisieren können, diese aber bis zur nächsten Krötenwanderung.

gez. Rafael Christof Struwe
(Ausschussvorsitzender)

gez. Barbara Bültge-Oswald
(Schriftführerin)